

Rems-Murr Kreis

Gemeinde Winterbach

Gemarkung Winterbach

Flur : 0

Bebauungsplan

Östl. Bachstraße / Hauptstraße

- Änderung nach § 13 BauGB im Bereich Hauptstraße 11 -

Lageplan Maßstab 1 : 250

Mit Erlaß vom 09.01.1995 wurde
gemäß § 13 Abs. 1 Satz 3 i.V. mit
§ 11 Abs. 3 BauGB keine Verletzung
von Rechtsvorschriften geltend
gemacht

gez. Dr. Haas
beurkundet

Blessing

101



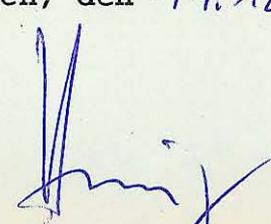
Gefertigt : 20. 6.1994

..



Vermessungsbüro
Johannes Jaekle
Dipl. Ing. (FH)
Tel. 07181-72185
Im Lehenbach 15
73650 Winterbach

Ausgefertigt : Winterbach, den 14. 12. 1994


Bürgermeister

Rechtsgrundlagen dieses Bebauungsplan sind das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.12.1986 (BGBl. I S. 2253), geändert durch Gesetz vom 25.7.1988 (BGBl. I S. 1093) durch den Einigungsvertrag vom 31.8.1990 i. v. m. Gesetz vom 23.9.1990 (BGBl. II S. 885, 1122) geändert durch Investitionserleichterungs- Wohnbaulandgesetz vom 22.4.1993 (BGBl. I S. 466) Gesetz zur Erleichterung des Wohnungsbaus im Planungs- und Baurecht sowie zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften (Wohnungsbau- Erleichterungsgesetz) vom 17.5.1992 (BGBl. I S. 926), Artikel 2 - Maßnahmengesetze zum Baugesetzbuch geändert durch Artikel 15 des Investitionserleichterungsgesetz und Wohnbaulandgesetz vom 22.4.1993 (BGBl. I S. 466), Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch bekanntgemacht am 6.5.1993 (BGBl. I S. 623)

die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.1.1990 (BGBl. S. 132), geändert durch Einigungsvertrag vom 31.8.1990 i. v. m. Gesetz vom 23.9.1990 (BGBl. II S. 885, 1124) sowie durch Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.4.1993 (BGBl. I S. 466)

die Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58)

die Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 28.11.1983 (GBl. S. 770, berichtigt GBl. 1984 S. 519), geändert durch Gesetz vom 1.4.1985 (GBl. S. 51), vom 22.2.1988 (GBl. S. 55) vom 8.1.1990 (GBl. S. 1) und vom 17.12.1990 GBl. S. 426).

Textteil

In Ergänzung der zeichnerischen Darstellung des Bebauungsplans

" Östl. Bachstraße / Hauptstraße "

- Änderung nach § 13 BauGB im Bereich Hauptstraße 11 -

werden folgende textliche Festsetzungen getroffen :

A Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9(1) BauGB und BauNVO)

1. Überbaubare Grundstücksflächen (§ 9(1)2 BauGB, § 23 BauNVO)
 - 1.1 Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgesetzt.
 - 1.2 Stellplätze und Garagen sind nur in den überbaubaren Grundstücksflächen und auf den dafür besonders ausgewiesenen Flächen zulässig.
 - 1.3 Auf den mit StP bezeichneten Flächen sind nur Stellplätze zulässig, die mit einer begrüntem Pergola überspannt sind.
2. Die weiteren planungsrechtlichen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans "Östl. Bachstraße / Hauptstraße" werden nicht verändert .
 - 2.1 Dies gilt insbesondere auch für die Anwendung der BauNVO und ihrer Berechnungsvorschriften in der bisher anzuwendenden Fassung.

B Bauordnungsrechtliche Festsetzungen
(§ 9(4) BauGB i.V.m. § 73(6) LBO)

- 1.1 Die Stellplätze sind mit wasserdurchlässigem Material herzustellen.
- 1.2 Die Stellplätze müssen mit einer begrünten Pergola überspannt werden.
2. Die weiteren bauordnungsrechtlichen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans "Östl. Bachstraße / Hauptstraße" werden nicht verändert .

C Nachrichtliche Übernahme (§ 9(6) BauGB)

1. keine

D Hinweise

1. keine

E Vorgänge

1. Beb. Plan Östl. Bachstraße/Hauptstr. genehmigt 3. 2.1981

F Verfahrensvermerke

Dieser Plan wurde am 8.11.1994 vom Gemeinderat als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB).

Winterbach, den

Dieser Plan wurde durch die Bekanntmachung im Mitteilungsblatt der Gemeinde Winterbach am _____ rechtsverbindlich (§ 12 BauGB).

Winterbach, den

VERFAHRENSVERMERKE

Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 Abs. 1 BBauG beschlossen am

Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BBauG am

Feststellung des Entwurfs durch den Gemeinderat am

Beteiligung der Bürger gem. § 2a Abs. 1-5 BBauG innerhalb der Frist vom bis

Beteiligung der Träger öffentl. Belange gem. § 2 Abs. 5 BBauG vom bis

Öffentliche Bekanntmachung der Auslegung gem. § 2a Abs. 6 BBauG am

durch

Als Entwurf mit Begründung öffentl. ausgelegt gem. § 2a Abs. 6 BBauG vom bis

Als Satzung gem. § 10 BBauG vom Gemeinderat beschlossen am

Genehmigt gem. § 11 BBauG vom mit Erlaß vom 3.2.1981 Nr.

In Kraft getreten gem. § 12 BBauG durch öffentliche Bekanntmachung der Genehmigung

in am 6.3.1981

(Ort, Datum)

(Bürgermeister)

BEBAUUNGSPLAN

GEMEINDE WINTERBACH «OSTL. BACHSTR. / HAUPTSTRASSE	
BEARB.: BLA	
GEF.: 8. 5. 79	
GEÄ.:	
Hauptmannsroute 65 7000 Stuttgart 1 Telefon (0711) 22 80 65-56	
Mtr 500	
Planungsgruppe Professor Hans Dieter Lutz und Partner	

H. Lutz



Stadtplaner Architekten
 Marienstraße 10
 D 7000 Stuttgart 1
 Telefon (0711) 61 20 61

TEXTTEIL

Inhalt des Bebauungsplans

1. Lageplan 1 : 500
2. Belagskonzept 1 : 200
3. Farbleitplan (bei Gemeinde einsehbar)
4. Begründung zum Bebauungsplan

Textteil zum Bebauungsplan

- A. Rechtsgrundlagen dieses Bebauungsplans sind das Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Aug. 1976 (Bundesgesetzblatt I, S.2256), die Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 15. Sept. 1977 (BGBl. I. S.1763), die Planzeichenverordnung vom 19. Jan. 1965 (BGBl. I. S.21), (BGBl. III-1-3) und die Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 20. Juni 1972 (Ges.Bl. S. 352).
- B. Sämtliche innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Bebauungsplans bisher bestehenden planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen sowie frühere baupolizeiliche Vorschriften werden aufgehoben.
- C. Textliche Festsetzungen
In Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt:
- I. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BBauG und BauNVO)
1. Bauliche Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BBauG)
- 1.1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BBauG)
- 1.1.1 Gebiete zur Erhaltung und Entwicklung der Wohnnutzung (besondere Wohngebiete) WB gemäß § 4a BauNVO.
Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO sind alle Ausnahmen, die in § 4a Abs. 3 BauNVO vorgesehen sind, nicht Bestandteil des Bebauungsplans.
- 1.2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr.1 BBauG und § 16 Abs. 2 + 4 BauNVO)
Das Maß der baulichen Nutzung wird im WB-Gebiet bestimmt durch:
- Zahl der Vollgeschosse(Höchstgrenze) (§ 17 Abs.4 u. § 18 BauNVO)
 - Grundflächenzahl (GRZ) (§ 19 BauNVO)
 - Beschränkung der Gebäudehöhen (s.Gestalt.Vorschriften Ziff. 3)
- Siehe Eintragungen im Lageplan.
- WB 1 -Gebiet bestimmt durch:
- Zahl der Vollgeschosse(Höchstgrenze) (§ 17 Abs.4 u. § 18 BauNVO)
 - Grundflächenzahl (GRZ) (§ 19 BauNVO)
 - Geschoßflächenzahl (GFZ) (§ 20 BauNVO)
- 1.2.1 Erhöhung der Grundflächenzahl (GRZ gemäß § 17 Abs.7 BauNVO.)
- 1.2.2 Bei der Zahl der Vollgeschosse II + DG gilt:
Die Gebäude können mit 2 Vollgeschossen und einem als Vollgeschosß anzurechnenden Dachgeschosß errichtet werden (§ 18 BauNVO i.V. mit § 2 Abs. 8 Nr. 1 LBO).

2. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BBauG i.V. mit § 22 Abs. 4 BauNVO und § 111 Abs. 1 Nr. 7 LBO)

2.1 o = offene Bauweise (§ 22 Abs. 2 BauNVO)

2.2 a = abweichende Bauweise (§ 22 Abs.4 BauNVO i.V. § 111 Abs.1 Nr.7 LBO)

Innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen ist an allen Grundstücksgrenzen anzubauen. Kann wegen der festgesetzten Baugrenzen oder Baulinien nicht auf die Grundstücksgrenze gebaut werden, sind geringere Grenz- und Gebäudeabstände zulässig als in den §§ 7 und 9 LBO vorgeschrieben sind, wenn sichergestellt ist, daß die Unterschreitung der Abstände durch Umstände und Maßnahmen ausgeglichen werden, die den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse entsprechen, die Bedürfnisse des Verkehrs befriedigt werden und wenn sonstige öffentliche Belange nicht entgegenstehen (siehe auch Begründung zum Bebauungsplan Ziff.).

3. Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BBauG)

Siehe Eintragungen im Lageplan.
Die Gebäudeaußenseiten und die Hauptfirstrichtung sind parallel zu den Richtungspfeilen zu stellen. (Nebenfirstrichtungen im rechten Winkel zur Hauptfirstrichtung) Untergeordnete Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO sind von dieser Festsetzung nicht betroffen.

4. Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BBauG)

Siehe Eintragungen im Lageplan.

5. Mit Rechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BBauG)

Siehe Eintragungen im Lageplan.

gr = Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit.

6. Anpflanzen von Bäumen und Bindungen für Bepflanzungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BBauG)

- 6.1 Entsprechend dem schematischen Planeintrag sind Bäume zu pflanzen und zu erhalten; dabei sind heimische Laubbäume mit einer Höhe von 3 - 5 m zu versehen.
- 6.2 Pflanzbindung für Hausgärten = pfb H
Auf den mit einer Pflanzbindung belegten Flächen sind die vorhandenen Grünflächen und Bäume zu erhalten. Stellplätze und Lagerplätze sind auf diesen Flächen nicht zugelassen.
- 6.3 Pflanzgebot pfg
Die mit einem Pflanzgebot belegten Flächen sind mit Ziersträuchern gärtnerisch anzulegen.

II. Gestaltungsvorschriften

(§ 9 Abs. 4 BBauG i.V. mit dem "Gesetz zur Anpassung der LBO an die Änderung des BBauG" vom 21. Juni 1977)

Die Gestaltungsvorschriften werden als planungsrechtliche Vorschriften im Bebauungsplan festgesetzt.

1. Gestaltung öffentlicher und privater Flächen hinsichtl.d.Beläge

Bei Belangserneuerungen sind die öffentliche und die mit einem Gehrecht belegten privaten Flächen auf ein gemeinsames gestalterisches Konzept abzustimmen. Dabei sind kleinmaßstäblich gegliederte Beläge zu verwenden (das beigelegte Belagskonzept ist Bestandteil des Bebauungsplans).

2. Fassadengestaltung

- 2.1 Auskragungen
Zur Gestaltung eines lebendigen Ortsbildes sollen bei Neubauten, deren Giebelseiten dem öffentlichen Straßenraum zugewandt sind, vorkragende Ober- und Dachgeschosse angestrebt werden. Dabei darf die Auskrragung minimal 20 cm und maximal 50 cm betragen.
- 2.2 Farbliche und durch Material bedingte Gestaltung (siehe auch beigefügten Farbleitplan als Richtlinie für den Bebauungsplan).
- Verputzarbeiten und Fassadenanstrich dürfen nur nach dem für das Planungsgebiet geltenden Farbleitplan ausgeführt werden.
 - Die farbliche Gestaltung ist jeweils auf die umgebende Bebauung abzustimmen. Dabei dürfen grelle und glänzende Fassadenfarben nicht verwendet werden.
 - Bei den Fensteröffnungen der Gebäude mit Sichtfachwerk muß pro Fenster mind. 1 Scheibenteilung durch Sprossen erfolgen.
 - Die Fenster der den öffentlichen Verkehrsflächen zugewandten Fassaden dürfen nur mit Fensterläden versehen werden.

2.3 Schaufenster

- Schaufenster und Schaukästen, die über das Maß der jeweiligen Wohn.-Fenster hinausgehen, sind nur im Erdgeschoß zulässig.
- Die maßstäbliche Gliederung der Schaufenster muß auf die Fassade der Obergeschosse abgestimmt werden, dabei wird die maximale Breite einer Glasfläche auf 2,50 m begrenzt. Die Trennung der einzelnen Glasflächen muß deutlich ablesbar sein.

2.4 Garagen und Nebenanlagen

- Garagen und Nebenanlagen sollen, wenn möglich, in das Hauptgebäude einbezogen werden. Ansonsten sind sie von der äußeren Gestaltung bezüglich Material und Farbe auf die umgebenden Gebäude abzustimmen.
- Grenzgaragen mit einem geneigten Dach sind nur als Sattel- oder Walmdach mit einer Dachneigung von 25-40° zugelassen. Die Firsthöhe darf dabei maximal 3,80 m betragen. Es gelten die Bestimmungen von Ziff 4.2 über die Dachdeckung.

3. Gebäudehöhen

- 3.1 Bei Neubauten wird die maximale Traufhöhe durch die Traufhöhe des bisherigen Gebäudes bestimmt. Überschreitungen sind mit maximal 0,50 m ausnahmsweise zulässig. Die minimale Traufhöhe muß mind. 5,00 m über dem Gelände liegen; gemessen wird die Traufhöhe als Abstand zwischen der angrenzenden Verkehrsfläche oder der mit Gehrecht belegten Fläche jeweils an der längsten Gebäudeseite vermittelt und dem Schnittpunkt von Außenwand und Dachhaut des Gebäudes.

4. Dächer

4.1 Dachform und Dachneigung

Siehe Eintragungen im Lageplan.

Die Dächer sind als Satteldächer mit 40-50° Neigung auszuführen. Sonderformen wie versetzte Satteldächer sind zulässig. Der Höhenversatz darf dabei - gemessen vom First zur Kehle - 1,30 m nicht übersteigen. Das Krüppelwalmdach wird nur als Ausnahme zugelassen.

4.2 Dachdeckung

Es sind nur Ziegel aus Tonmaterial zugelassen. Die farbliche Gestaltung ist auf die umgebende Bebauung abzustimmen. Dabei ist die Farbgebung von dunkelbraun bis rotbraun zugelassen. Andere Materialien und Farbgebungen sind nicht zugelassen.

4.3 Dachaufbauten, Dacheinschnitte

Grundsätzlich sind die Summen der Breiten von Dachgauben, Dacheinschnitten und liegenden Dachfenstern bis maximal 1/3 einer Trauflänge zulässig.

Dabei sind zugelassen entweder nur Dachgauben oder nur Dacheinschnitte oder nur Dacheinschnitte und liegende Dachfenster oder nur Dachgauben und liegende Dachfenster.

Die einzelnen Dachgauben sind bis zu einer Breite von maximal 1,20 m zugelassen, die einzelnen liegenden Dachfenster bis zu einer Breite von maximal 0,80 m.

4.4 Dachvorsprung

Am Ortsgang und an der Traufe ist ein Dachvorsprung mit mind. 15 cm, maximal 50 cm vorgeschrieben.

5. Werbeanlagen und Automaten

Werbeanlagen und Automaten sind gemäß § 11 Abs. 2 Nr. 1 LBO genehmigungspflichtig.

Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung und auf der den Geschäftsstraßen zugewandten Seiten der Gebäude zulässig. Sie sind auf die Erdgeschoßzone (ausnahmsweise auf die Brüstungszone des ersten Obergeschosses) zu beschränken. Die Farbgebung ist auf die Farbe der Fassade abzustimmen.

Unzulässig sind: Großflächenwerbend und Anlagen mit wechselndem und bewegtem Licht.

6. Antennen

Auf jedem Gebäude ist maximal 1 Außenantenne zulässig.

7. Freileitungen

Niederspannungsfreileitungen sind bei Neubauten unzulässig.

8. Einfriedungen

Entlang der öffentl. Straßen, Wege und Plätze sind nur zugelassen:

- gärtnerisch gestaltete Flächen
- dicht wachsende Hecken aus standortgemäßen Gehölzarten bis zu einer Höhe von 1,20 m
- Holzzäune mit senkrechter Lattung aus dunkel lasiertem Holz und Sockel (max. 30 cm Höhe) bis zu einer Gesamthöhe von 1,20 m
- Schmiedeeiserne Zäune mit Sockel (max. 30 cm Höhe) bis zu einer Gesamthöhe von 1,20 m.

Hat die Einfriedung die Funktion einer Stützmauer, so darf die Sockelhöhe, gemessen von der öffentlichen Fläche aus, nur zwischen 40-120 cm betragen. Ein zusätzlicher Zaun ist dabei nicht mehr zugelassen, sondern nur niedrige Hecken bis max. 60 cm Höhe.

Gegenüber Nachbargrundstücken:

- sind lebende und tote Einfriedungen bis maximal 1,20 m zulässig. Zur Abschirmung von Wohnhöfen sind außerdem Sichtschutzeinrichtungen mit einer Höhe von maximal 2,00 m als freiwachsende Hecken oder als Sichtblenden aus dunkel imprägniertem Holz zugelassen, unter der Voraussetzung, daß nachbarliche Belange nicht berührt werden.

III. Erhaltung baulicher Anlagen (§ 39 h BBauG)

Für folgende Gebäude kann die Gemeinde die Genehmigung für den Abbruch, den Umbau oder die Änderung von baulichen Anlagen versagen:

Gebäude Nr. 1 Hauptstraße

Die Erhaltung dieser baulichen Anlagen wird dadurch begründet, daß sie im Zusammenhang mit anderen Anlagen das Ortsbild und die Stadtgestalt prägen (§ 39 ha Abs. 3 Nr. 1 BBauG) und weil sie von städtebaulicher, insbesondere geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung sind (§ 39 h Abs. 3 Nr. 2 BBauG).

IV. Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, daß bei der Freilegung von ursprünglich vorhandenem Sichtfachwerk und bei der Farbgestaltung von der Gemeinde Winterbach ein Zuschuß gewährt werden kann. Ein Rechtsanspruch auf Bezuschussung besteht jedoch nicht.